

Argumentationskarte für Wahlkämpfer*innen

Thema: Geflüchtete

Was sagt DIE LINKE?

1) Wiederherstellung des grundgesetzlichen Rechts auf Asyl: Wir lehnen das Konstrukt der angeblich ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ ab. Es widerspricht grundsätzlich dem als Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu können.

2) Jegliche Abschiebep Praxis beenden: Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich ‚guten Bleibeperspektive‘ und solche mit einer angeblich ‚schlechten Bleibeperspektive‘ einzuteilen. Seitdem der Begriff der „Bleibeperspektive“ mit dem Asylpaket I im Oktober 2015 eingeführt wurde, dient er als praktisches Instrument, um Menschen aus bestimmten Ländern Leistungen, Angebote und Teilhabemöglichkeiten zu verwehren.

3) Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften: Angesichts der Zuwanderung hätten die öffentlichen Investitionen ausgeweitet und Programme zum Bau von Wohnungen gesetzt werden müssen. In vielen Städten fehlten schon Tausende Wohnungen, bevor die Zahl der Geflüchteten anstieg. Eine Umverteilung hin zu den Kommunen wäre nötig, um das Leben für alle Menschen zu verbessern. Stattdessen setzt die Bundesregierung ihre Politik der knappen Kassen fort. In der Folge wohnen zehntausende Geflüchtete unter unwürdigen Bedingungen in Turnhallen und anderen Provisorien.

Was sagen unsere Gegner?

1) Die Grünen: In ihrem Kurzwahlprogramm schreiben die Grünen NRW: „Die Aufnahme von hunderttausenden Geflüchteten in relativ kurzer Zeit hat NRW gut gemeistert – auch dank dem großartigen Engagement vieler Bürger*innen vor Ort. Wir GRÜNE verteidigen das Recht auf Asyl und sehen NRW in der Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen, zu schützen.“

2) SPD: Es schreibt die SPD im Wahlprogramm: „Wir stehen weiterhin ohne Wenn und Aber zum Grundrecht auf Asyl. Menschen, die vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung oder aus anderen humanitären Gründen Zuflucht bei uns suchen, bieten wir selbstverständlich Schutz. Wir stehen deshalb auch weiterhin für ein faires, transparentes, individuelles und gründliches Asylverfahren ein. Eine Asylverfahrens- und Rückkehrberatung in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen kann dabei dafür sorgen, die Erfolgsaussichten des eigenen Antrags auf Asyl zutreffend einzuschätzen und entsprechende Entscheidungen mit Wissen um Bleibeperspektiven, Familiennachzug oder Rückkehrpflicht zu treffen.“

3) AfD: Frauke Petry sagt in einem Interview der ZEIT: „Wir sind dafür, dass das Asylrecht nach Artikel 16a geändert wird und dass es in ein Gnadenrecht des Staates umgewandelt werden muss.“

Mehr Infos gibt es in den Abschnitten III/3 und V/2 des Landtagswahlprogramms auf <http://wahl2017.dielinke-nrw.de/nc/programm/inhalt/>.